

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonat-Druckergasse im Vertriebsbezirk ist 20 (Zwanzig) Pfennige und die Colonat-Druckergasse 15, auswärts 25, für die 50 mm breite Post-Zustellung 30, auswärts 40, für die 90 mm breite amtliche Colonat-Druckergasse 55, auswärts 65 Pfennige.
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12222.
Gemeinde-Bezirksamt: hier, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Adm. u. Rev. u. d. l. u. s. w. sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johannegeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Vertriebs-Adresse: Aue Nr. 8, Adm. u. d. l. u. s. w. 140, Schneeberg 10, Schwarzenberg 81. Vertriebsstellen: Volksfreund-Vertriebsstellen.

Wichtigste Anzeigen für die am Samstag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Verlagsstellen. Eine Anzeige für die nächsten drei Nummern bis vormittags 9 Uhr in den Verlagsstellen. Eine Anzeige für die nächsten drei Nummern bis vormittags 9 Uhr in den Verlagsstellen. Eine Anzeige für die nächsten drei Nummern bis vormittags 9 Uhr in den Verlagsstellen.

Nr. 218.

Mittwoch, den 17. September 1924.

77. Jahrg.

Amthliche Anzeigen.

Auf Blatt 40 des Vereinsregisters ist der Freimaurerclub „Zum Rosenkranz in Sachsenfeld“ mit dem Sitz in Schwarzenberg eingetragen worden.
Amtsgericht Schwarzenberg, am 13. September 1924.

Freitag, den 19. September 1924, vormittags 10 Uhr, sollen in Bockau 1 Solo, 1 Flurgarderobe, 8 Gewebe, 1 Wiener Konversations-Verdreh (18 Bände), 1 Grammophon (richtiges), elektrisch und 1 Spiegel öffentlich versteigert werden.
Sammelort der Bieter: Restaurant zum Reichsadler in Bockau.
Der Vollstreckungsbeamte des Finanzamts Aue.

Schneeberg. Wassernehpülung.
Wir geben hiermit bekannt, daß **Donnerstag, den 18. Septbr.** von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr Spülung unserer Kanalisationen erfolgt und zeitweises Ausbleiben sowie Trübung des Wassers zu erwarten sein wird.
Schneeberg, den 16. September 1924. Der Stadtrat, Stadtbauamt.

Ruhholz-Versteigerung
der Staatsforstreviere Johannegeorgenstadt und Wildenthal im Galthof Wildenthal in Aue
Donnerstag, den 25. September 1924, mittags 12 Uhr:
1. Staatsforstrevier Johannegeorgenstadt
7561 w. Fläche 7-15 ca. Mark, 5573 w. Fläche 16-22 ca. Mark, 2198 w. Fläche 23 u. mehr ca. Mark, 1383 w. Fläche 7 pp. ca. Mark
in gemischten Wäldern und 5,5 ha h. Buchenwälder, ausbreitet in den Abteilungen 5, 22, 27, 33, 35 und 62 (Abteilung 5), 60 (Wälderung) sowie Einzelbäume;
2. Staatsforstrevier Wildenthal
5500 w. Fläche 7-15 ca. Mark, 980 w. Fläche 16-22 ca. Mark, 170 w. Fläche 23 u. mehr ca. Mark und 1 ha h. Buchenwälder, ausbreitet in den Abteilungen 33, 34, 40, 41, 50, 52, 58, 59, 62 u. 69 (Einzelbäume).
Vorläufer Johannegeorgenstadt und Wildenthal. Vorläufer Eibenroth.

Unerwünschter Kritiker.

Sie ist heutzutage keine reine Freude, die berufsmäßige Beschäftigung mit der Politik. Trotz aller Gewöhnung kommt es doch noch dann und wann vor, daß einem sogar der **Teufel** dabei paßt. So wenn man liest, was der Genosse **Kautsky** zur Frage der **Kriegsschuld** in der sozialistischen Blätter schreibt. Schon der Umstand, daß dieser Mann sich überhaupt dazu äußert, verursacht Körperliches und seelisches Unbehagen in hohem Grade. Bekanntlich hatte die Regierung der Volksbeauftragten dem tschechischen Juden, der sich als Historiker ausgibt, die Ämten des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestellt. Nach kurzer Zeit hatte er die „Kriegsschuld Deutschlands“ festgestellt und sie gegen ein ordentliches Verlegerhonorar in die Welt hinausposaunt. Als er sich dann näher mit der Sache befaßte, kam er zu einem anderen Ergebnis und er widerrief die Ergebnisse seiner ersten Forschung. Da war es zu spät.

Die Schmach von Versailles gründet sich mit auf die falschen Anklagen Kautskys, der Artikel 231 des Schandvertrags, die Grundlage aller unserer Not, ist sein und seiner Spießgesellen (z. B. Cigners) Werk. Und ausgerechnet dieser Mann schreibt heute über die Kriegsschuldfrage, er, der die Schuld am Frieden trägt. Natürlich ist der ganze Artikel eine wüste Hege gegen die Deutschnationalen, die „seit Jahrzehnten es verstanden haben, durch ihre Brutalitäten und Formlosigkeiten alle Welt mit Haß und Mißtrauen gegen das deutsche Volk zu erfüllen.“ Es wird dem „Historiker“ Kautsky nicht gelingen, durch solches blödes Gestammel sich von seiner Schuld reinzuwaschen. Und wenn er heute wieder mit dem Teufel kommt, „es gelte eine große Unterscheidung zu machen zwischen dem deutschen Volke und seiner Vorkriegsregierung“, so ist das für einen Historiker etwas zu spät. Das hat der edle Wilson schon vor reichlich 5 Jahren gesagt, und das, was folgte, hat die Lächerlichkeit solcher Unterscheidungen bis auf den heutigen Tag erwiesen. Die Vorkriegsregierung ist, das dürfte selbst dem Genossen Kautsky nicht entgangen sein, verschwunden. Was geblieben ist, ist die Verdrückung des Volkes durch die Feinde, wie sie grausamer nicht die ausschweifendste Phantasie erdenken kann.

Seine Unfähigkeit, die Dinge historisch zu beurteilen, paart der Trägerei mit Plattheiten, wie man sie nur aus dem Munde von Volksversammlungsrednern letzter Garnitur zu hören gewöhnt ist. Er schreibt z. B.:

Die Sozialdemokratie „ein dürfte die Kraft besitzen, die Deutschnationalen in die Enge zu treiben, sie zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen und damit der Kriegsschuldfrage die beste Lösung zu geben: die, ihr alle praktische Bedeutung zu nehmen und sie zu einem bloßen Problem für Historiker zu machen. Das deutsche Wesen, es kann nur am Siege der Sozialdemokratie genesen.“

Hätten wir nicht nach der Revolution lange genug erst den 100prozentigen und dann den 90prozentigen Sozialismus? Wurde nicht immer wieder verkündet: Der Sozialismus marschiert! Nun ja, er marschierte ja auch, wohin, das weiß jeder. In eine Sackgasse, wo seine Anführer heute noch verweilt sitzen, wenn nicht bürgerliche Industrie- und Handelskapitäne mit Hilfe eines opferfreudigen Beamtentums, das dafür echt sozialistischen Lohn erhielt, aus einem Haufen Dummheit, Nationalität und Unfähigkeit wieder einen bewundernswerten Wirtschaftsorganismus geschaffen hätten.

Das sind Vinsenwahrheiten, an denen nur die Vohastigkeit des „Historikers“ Kautsky vorübergehen kann. Ueber diesen Genossen sind die Ämten geschlossen. Hoffentlich hat er in Zukunft soviel Geschmak, sein blödes Geschwafel nicht mehr in die Öffentlichkeit zu bringen.

Aufgehoben bis Ebert kommt.

Berlin, 15. Sept. Mittags fand ein Kabinettsrat statt, der sich mit außenpolitischen Fragen der Kriegsschuldnotifizierung, des Eintritts in den Völkerbund und dergleichen nicht beschäftigte. Diese Fragen sollen erst in einem Kabinettsrat am 22. d. M. unter dem persönlichen Vorbehalt des Reichspräsidenten zur Verhandlung kommen. Der heutige Kabinettsrat galt der Erledigung der in den letzten zwei Wochen aufgelaufenen Regierungsgeschäfte, so insbesondere der weiteren Durchführung des vom Reichsfinanzminister Luther angekündigten Preisabbauprogramms der Reichsregierung. Ferner erfolgt die Wahl der deutschen Mitglieder für den Verwaltungsrat der neuen Reichsbahn-Gesellschaft nach dem Dawes-Plan, sowie der Mitglieder zum Generalrat der Reichsbank und der Industriebank. Natürlich ist nicht ausgeschlossen, daß die außenpolitische Fragen im Kabinettsrat zur Besprechung gekommen sind.

Ueber Verhandlungen mit den Deutschnationalen über Erweiterung der Regierungskoalition ist in der heutigen Kabinettsitzung nicht gesprochen worden. Die Frage bleibt offen, ob Dr. Stresemann und die übrigen Minister der Deutschen Volkspartei mit einer Verzögerung der Regierungsumbildung einverstanden sind oder nicht. In parlamentarischen Kreisen, die der Deutschen Volkspartei nahesteht, wird über diese Verzögerung lebhaftes Bedauern geäußert. Die vielen bevorstehenden Regierungsmassnahmen, die tief in das Wirtschaftsleben eingreifen, bedürfen der Mitarbeit jener Kreise, die in der Deutschnationalen Volkspartei ihre parlamentarische Vertretung finden.

Berlin, 15. Sept. Am Schluß der Kabinettsitzung fand eine Besprechung der außenpolitischen Lage statt, die in einer Sitzung am 23. September ausführlich behandelt werden soll. Die vorläufige Ansprache, welche auch die beiden Fragen der deutschen Kriegsschuldbelastung und des Völkerbundes betraf, ergab vollkommene Übereinstimmung der Anschauungen des Kabinetts.

Man weiß nichts von Gegensätzen.

Die Einheit des Kabinetts.

Berlin, 15. September. W.B. verbreitet folgende Erklärung: In den Erörterungen der Presse ist in der letzten Zeit wiederholt von Gegensätzen zwischen dem Reichskanzler Marx und dem Außenminister Dr. Stresemann gesprochen worden. Gegenüber diesen Behauptungen sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß beiden Persönlichkeiten von diesen Gegensätzen nichts bekannt ist. Die vom Außenminister seinerzeit mit den Führern der deutschnationalen Opposition geführten Verhandlungen wegen der Erklärung über die Kriegsschuld sind im Einverständnis mit dem Reichskanzler und dem Reichskabinettsrat erfolgt. Die heute sogleich nach der Rückkehr des Reichskanzlers erfolgte Ansprache hat erneut ergeben, daß über die Gesamtpolitik sowie besonders in den Fragen der Notifizierung der Kriegsschuldklärung und des Eintritts in den Völkerbund keinerlei Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reichskanzler und dem Außenminister besteht oder bestanden hat.

München, 15. Sept. Wie bereits mitgeteilt, wurde mit Herrn von Kahr nach seiner Weigerung, seinen Abschied als Regierungspräsident einzureichen, die Vereinbarung getroffen, daß er einen anderen gleichartigen Posten erhalten solle. Dieser Posten wird der des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes sein, eine Stellung, welche bereits der Vater des Herrn von Kahr bekleidet hat.

Na also!

Die nicht gerade als Nationalisten Bekannten Herren Professor Hans Delbrück, Graf Max Montgelas und Dr. Paul Rohrbach veröffentlichen eine Erklärung zur Kriegsschuldfrage, in der es u. a. heißt:

Die Unterzeichneten, die in Anspruch nehmen dürfen, daß sie in dem Kampf gegen die Kriegsschuldfrage in der ersten Reihe gesuchten haben, sehen es als ihre Pflicht an, heute öffentlich zu erklären, daß die Erzeugung einer Diskussion durch Regierungserklärungen ihnen nicht der richtige Weg scheint, um in der Weltmeinung der Wahrheit zu einem baldigen Siege zu verhelfen, da auf diesem Wege politische Kräfte auf den Kampfplatz gerufen werden, deren Interesse es nicht sein kann, die Wahrheit aufzudecken. Der beste Weg, um in dieser so unermeßlich wichtigen Frage zum Ziel zu gelangen, ist die Fortsetzung der internationalen wissenschaftlichen Diskussion . . .

Es ist für uns selbstverständlich, daß, wenn die Frage des Eintritts des Deutschen Reiches in den Völkerbund zur Entscheidung kommt, Deutschland den Antrag nicht stellen kann, ohne seine Auffassung der Kriegsschuldfrage den Mächten, mit denen es sich verbünden soll, amtlich zur Kenntnis zu bringen. Das ist ein Gebot der Loyalität und der Ehrlichkeit. Das Deutsche Reich darf nur mit offenem Bistier kämpfen.

Wir sind in der Lage, folgende Sätze unter Beweis zu stellen:

1. Das Deutsche Reich war 1914 nicht entfernt im dem Maße gerüstet, wie es seine Volks- und Wirtschaftskräfte erlaubt hätten.
2. Die russische und die französische Regierung waren zum Kriege entschlossen, ehe Deutschland den Krieg erklärte oder auch nur mobilisiert hatte.
3. Die angebliche Zurückziehung der französischen Truppen 10 Kilometer von der Grenze hatte nicht den Zweck, den Krieg noch zu vermeiden, sondern die Welt in den Glauben zu versetzen, daß Deutschland der Angreifer sei.

Berlin, 15. September. Die „Zeit“, das Organ Stresemanns, schreibt: Jede deutsche Regierung muß die abermalige Anerkennung der Schuldfrage ablehnen, und deshalb kann der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ernsthaft nur diskutiert werden, wenn entweder die Mächte des Völkerbundes eine deutsche Losung von dem Schuldartikel vorher zur Kenntnis nehmen, oder wenn sie darauf verzichten, von Deutschland eine Anerkennungserklärung zu verlangen. Einen anderen Weg gibt es nicht, und es ist deshalb, um mit dem „Tempo“ zu sprechen, geradezu ungeheuerlich, wenn deutsche Organe sich gegen eine Regierung wenden, die in dieser Frage die einzig mögliche Haltung einnimmt. Die deutschen Voraussetzungen, von denen unser Eintritt in den Völkerbund abhängt, sind in der letzten Zeit wiederholt klar und unambiguität formuliert worden. Es ist an der Zeit, daß man sich nunmehr auf der Gegenseite einmal etwas klar und unambiguität äußert, ob man diese Voraussetzungen anerkennt. Mit der allgemeinen Betonung der Bereitwilligkeit, Deutschland aufzunehmen, ist uns nicht gebient.

Französische Märchen.

Berlin, 15. September. Der Pariser „Figaro“ erzählt seinen Lesern, daß die Notifizierung der Kriegsschuldklärung einer Verletzung des Versailler Vertrags gleichkäme. Die deutsche Politik verfolge ein doppeltes Spiel. Sie wolle das Sachverständigengutachten von dem Versailler Vertrag abtrennen und erreichen, daß das Gutachten, das für Deutschland günstig sei, ausgeführt, der Friedensvertrag aber für ungültig erklärt werde. — Noch weiter geht das „Sour-nal“, das sogar mit der Behauptung auftritt, Dr. Stresemann wolle jetzt die Monarchie wieder herstellen und den ältesten Sohn des mit ihm intim befreundeten Kronprinzen auf den Thron setzen. (!)

Die Hungerpetische.

Berlin, 15. September. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Washington: Der Berliner Vertreter der Hearst-Presse Biogand meldet, er habe aus zuverlässiger Quelle erfahren, der deutschen Regierung sei von maßgebenden internationalen Bankiers zu verstehen gegeben worden, die Aufstellung der Kriegsschuldfrage könne in diesem Augenblick die nachteiligsten Wirkungen haben. Wenn Deutschland darauf verzichte, so bestünde Aussicht, für die Anleihe günstigere Ansbedingungen durchzusetzen. In Betracht käme die Herabsetzung des vorgesehenen Zinsfußes um 4 bis 1 Prozent, was bei der Tilgung der Anleihe für Deutschland eine Differenz von 10 Millionen Dollar ausmachen könne.

Kombinationen.

Eine Korrespondenz erzählt, es sei nicht ausgeschlossen, daß es zwischen den Parteien auf einer Grundlage zu einer Einigung komme, die in unterrichteten Kreisen bereits lebhaft erörtert wird. Danach soll der Reichskanzler Marx von seinem Amte zurück- und an seine Stelle der Abbaronete der